



# Kreisjugendring Nürnberg-Stadt

**Herbst-Vollversammlung  
am 11. November 2025**

**Antrag Nr. 1**

**Antragsteller: Vorstand des KJR Nürnberg-Stadt**

## **Keine Demonstrationen von Rechtsextremen in der Straße der Menschenrechte**

### **Die Vollversammlung des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt bezieht klar Position:**

- Wir lehnen jede Form rechtsextremer, rassistischer oder menschenfeindlicher Demonstrationen in der Straße der Menschenrechte entschieden ab.
- Wir fordern die Stadt Nürnberg und ihre zuständigen Behörden auf, deutlich Haltung zu zeigen und künftig alles rechtlich Mögliche zu tun, um derartige Versammlungen an diesem symbolträchtigen Ort entgegenzutreten.
- Der Kreisjugendring Nürnberg-Stadt steht an der Seite aller Initiativen, Verbände und Einzelpersonen, die sich friedlich und demokratisch für Menschenrechte, Vielfalt und Demokratie einsetzen.

### **Begründung:**

Die Straße der Menschenrechte ist ein weltweit beachtetes Mahnmal, das für die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte steht. Sie ist ein Ort des Gedenkens, der Bildung und der demokratischen Wertevermittlung – und kein Platz für die Verbreitung von Hass, Ausgrenzung oder revisionistischen Ideologien.

Dass rechtsextreme Gruppen dort im September 2025 eine Demonstration durchführen konnten, hat in Nürnberg und weit darüber hinaus Empörung ausgelöst. Zahlreiche Stimmen aus der Zivilgesellschaft, den Religionsgemeinschaften und der Politik haben deutlich gemacht, dass insbesondere dieser Ort für demokratiefeindliche Aufmärsche ungeeignet ist.

Als Kreisjugendring Nürnberg-Stadt – als Dachorganisation der Nürnberger Jugendverbandsarbeit und Interessenvertretung aller junger Menschen – bekennen wir uns klar zu den Grundwerten der Demokratie und zu einem vielfältigen, respektvollen Miteinander. Unsere Haltung ist eindeutig: Kein Platz für Rechtsextremismus – erst recht nicht in der Straße der Menschenrechte.

Immer wieder taucht in der öffentlichen Diskussion dabei das sogenannte „Neutralitätsgebot“ oder die „Neutralitätspflicht“ auf. Diese Begriffe werden von rechten Akteur\*innen zunehmend instrumentalisiert, um demokratische Organisationen, Schulen und Jugendverbände einzuschüchtern oder ihre Haltung in Fragen von Menschenrechten, Demokratie und Vielfalt zu delegitimieren. Auch innerhalb der Verwaltung führt dies teils zu Unsicherheiten im Umgang mit zivilgesellschaftlichem Engagement.

Wir stellen klar:

Das Eintreten für die Werte des Grundgesetzes und die Achtung der Menschenrechte ist keine politische Parteinahme, sondern eine demokratische Selbstverständlichkeit. Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt betont, dass staatliche und freie Träger in der politischen Bildung nicht zur Neutralität gegenüber Feinden der Demokratie verpflichtet sind. (vgl. Deutscher Bundesjugendring, Handreichung zum Mythos Neutralitätsgebot, 2024).

Jugendarbeit darf und muss Haltung zeigen, wenn die Grundwerte unserer Demokratie infrage gestellt werden. Der Kreisjugendring Nürnberg-Stadt steht für diese Haltung – gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen, Einrichtungen und Partner\*innen.

Beschlossen:      \_\_\_ Ja      \_\_\_ Nein      \_\_\_ Enthaltung